

## Jahrgangsstufe 9

### 0. Daten

1918 Novemberrevolution	Am 9. November 1918 wurde die Monarchie gestürzt und durch Philipp Scheidemann (SPD) und Karl Liebknecht (Spartakusbund) die Republik ausgerufen.
1923 Hitlerputsch	Am 8./9.11.1923 unternahmen Adolf Hitler und General Ludendorff einen Putschversuch mit dem Ziel, die Demokratie zu stürzen. Der Putsch scheiterte am Widerstand der Polizeikräfte.
1929 Weltwirtschaftskrise	Zusammenbruch der Weltwirtschaft nach dem „Schwarzen Freitag“ (25.10.1929), dem Zusammenbruch der New Yorker Börse. Aufgrund der engen Verknüpfungen der wirtschaftlichen Beziehungen hatte dies weltweite Auswirkungen und führte zu einer Legitimationskrise des politischen Systems in Deutschland.
30.1.1933 Hitler Reichskanzler	Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler (Führer der NSDAP) zum Reichskanzler.
9.11.1938 Novemberpogrom	Am 9. November 1938 gingen die Nationalsozialisten gewaltsam gegen Juden vor und zerstörten in der sog. „Reichskristallnacht“ jüdische Geschäfte und Synagogen.
1.9.1939 Beginn des Zweiten Weltkriegs	Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. 9. 1939 hielten sich Großbritannien und Frankreich an die gegenüber Polen abgegebenen Garantien und erklärten Deutschland den Krieg, der sich rasch zu einem Weltkrieg ausweitete. Nach anfänglichen Erfolgen („Blitzkrieg“-Taktik) der Deutschen setzte nach dem Überfall auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“) mit der Niederlage bei Stalingrad im Winter 1942/43 die Wende ein.
20. Juli 1944 Attentat auf Hitler	Im Rahmen des militärischen Widerstands verübte Oberst Graf Stauffenberg ein Attentat auf Adolf Hitler, scheiterte jedoch.
8./9.5.1945 Bedingungslose Kapitulation Deutschlands	Die „Rote Armee“ hatte die Frontlinie im Osten zurückgedrängt und die West-Alliierten waren am 6.6.1944 in der Normandie gelandet. Auch den Luftangriffen gegen deutsche Städte konnte man nichts mehr entgegensetzen, sodass Deutschland nach dem Selbstmord Hitlers (30.4.1945) kapitulieren musste. Damit endete der Zweite Weltkrieg in Europa.
1946 Verfassung des Freistaats Bayern	Der Freistaat Bayern erhielt unter der amerikanischen Besatzung eine neue Verfassung. Diese ist bis heute gültig.
23.5.1949 Grundgesetz	Die Ministerpräsidenten der Länder und die Landtagspräsidenten mit den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates unterzeichneten in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Dieses wurde bewusst nicht als „Verfassung“ bezeichnet, da es ein Provisorium, eine Übergangslösung bis zur Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands bilden sollte. Das Grundgesetz schrieb die Grundsätze der Menschenwürde, des demokratischen Rechtsstaats und der Bundesstaatlichkeit fest.
1949 Gründung der beiden deutschen Staaten	Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) werden gegründet, die BRD mit dem Einverständnis der drei Westmächte, die DDR unter sowjetischem Einfluss.
17.6.1953 Aufstand gegen das DDR-Regime	Ausgehend von Arbeiterstreiks kam es am 17. Juni 1953 in vielen Orten der DDR zu Demonstrationen gegen die SED-Führung, die den Aufstand durch sowjetische Truppen niederschlagen ließ und mit einem flächendeckenden Ausbau des Spitzelwesens reagierte. In der BRD war der 17. Juni bis 1990 Nationalfeiertag („Tag der deutschen Einheit“).

1961 Mauerbau	Im August 1961 ließ die DDR-Regierung eine Mauer zwischen Ostberlin und den Westsektoren errichten, um die Massenflucht von DDR-Bürgern zu beenden. Die Berliner Mauer wurde zum Symbol der deutschen Teilung.
1963 Deutsch-Französischer Freundschaftsvertrag	Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle unterzeichnen in Bonn den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, der auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zielte und als Meilenstein für das Ende der „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich angesehen wird.

## 1. Weimarer Republik

Völkerbund	Auf Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Wilson wurde 1920 der Völkerbund gegründet. Er sollte die Zusammenarbeit zwischen den Völkern fördern und den Frieden international sichern. Der Völkerbund war Vorläufer der 1946 gegründeten UNO.
Weimarer Verfassung	Die Weimarer Verfassung war die erste demokratische Verfassung Deutschlands. Sie wurde nach dem Ort benannt, an dem sie durch die Nationalversammlung beschlossen wurde, und trat am 11.8.1919 in Kraft. Deutschland wurde damit eine parlamentarische Republik. Problematisch war v. a. Art. 48 der Verfassung, mit dem der Reichspräsident umfassende Vollmachten erhielt.
Inflation	Wenn sich die umlaufende Geldmenge bei gleichbleibender Warenmenge vermehrt, entsteht eine anhaltende Geldentwertung, die man als „Inflation“ bezeichnet. Die Preise steigen an und Besitzer von Sachwerten werden begünstigt, während Lohnempfänger, Sparer und Gläubiger benachteiligt werden.

## 2. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Nationalsozialismus	Der Begriff bezeichnet die politische Bewegung in Deutschland, die sich 1919 als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) organisierte und die unter Führung Adolf Hitlers Deutschland von 1933 – 1945 diktatorisch regierte. Elemente der NS-Weltanschauung sind ein extremer Nationalismus, Rassismus, Eroberungsstreben („Lebensraumpolitik“), Führerprinzip und Volksgemeinschaft.
„Machtergreifung“	Die NSDAP feierte den 30. Januar 1933 als Tag der „Machtergreifung“. Heute versteht man darunter eine Machtübertragung, denn formal gesehen hatte Hitler von Reichspräsident Hindenburg ganz legal das Amt übertragen bekommen wie die anderen Reichskanzler vor ihm.
„Drittes Reich“	<i>Bezeichnung für das nationalsozialistische Deutschland (1933 - 1945). Das alte „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ galt als erstes Reich (962-1806), das Kaiserreich (1871 – 1918) als zweites Reich.</i>
Antisemitismus	Wörtlich: „Semitenfoidschaft“ (Semiten: Völker in Vorderasien und Nordafrika). Der Begriff entstand um 1880 in Deutschland und bezeichnet die seit der Antike und dem Mittelalter bestehende Ablehnung oder Bekämpfung von Juden aus religiösen, sozialen oder wirtschaftlichen Gründen. In der 2. Hälfte des 19. Jh. wurde die Judenfeindschaft zunehmend rassistisch (biologisch) begründet und nahm an Aggressivität zu. Juden galten jetzt als „minderwertige Rasse“. Der Nationalsozialismus stellte den Antisemitismus ins Zentrum seiner „Weltanschauung“ und Politik, deren Maßnahmen vom Boykott bis zum systematischen Massenmord an den Juden (Holocaust) reichten.

„Ermächtigungsgesetz“	Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ bildete die Grundlage zur Errichtung der NS-Diktatur. Die Regierung wurde ermächtigt, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat Gesetze zu erlassen. Dadurch wurde die Gewaltenteilung im Staat aufgehoben.
„Gleichschaltung“	Maßnahmen der Nationalsozialisten, um Staat, Gesellschaft und Kultur mit ihrer Ideologie zu durchdringen und zu beherrschen. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurden im Rahmen der Gleichschaltung alle nicht-nationalsozialistischen Verbände und Einrichtungen aufgelöst oder in NS-Organisationen eingegliedert. Die Länder verloren ihre Eigenständigkeit, Medien wurden kontrolliert, andere Parteien außer der NSDAP verboten.
„Nürnberger Gesetze“	Am 15. September 1935 legten die Nationalsozialisten in Nürnberg antisemitische Rassegesetze fest. Juden verloren das Wahlrecht, durften keine öffentlichen Ämter mehr übernehmen, Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden wurden verboten. Verstöße konnten mit Gefängnis bestraft werden. Die „Nürnberger Gesetze“ bildeten die juristische Grundlage für die nachfolgende Diskriminierung und schikanöse Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung.
Holocaust/Shoa	Das griechische Wort „holókauston“ („vollständig verbrannt“) bezeichnete ursprünglich ein Brandopfer. Seit Ende der 1970er Jahre wurde dieser Begriff für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden sowie der Sinti und Roma im Dritten Reich verwendet. Im jüdischen Sprachgebrauch wird für den Völkermord an den Juden während dieser Zeit der Begriff Shoah („großes Unheil“) gebraucht.
Konzentrations- und Vernichtungslager	Erstmals Anfang des 20. Jh. errichteten totalitäre Staaten Lager, um politische Gegner und missliebige Minderheiten ohne gesetzliche Grundlage auszuschalten oder zu beseitigen. Nach der „Machtergreifung“ Hitlers entstanden 1933 die ersten Konzentrationslager (KZ) im deutschen Reich. Minderheiten, die den rassistischen, ideologischen und politischen Vorstellungen der Nationalsozialisten nicht entsprachen, wurden hier in Haft genommen, misshandelt und ermordet oder zur Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie eingesetzt. Seit 1941 wurden in den besetzten Gebieten im Osten Vernichtungslager eingerichtet, in denen die Nazis zwischen 5 und 6 Millionen Menschen größtenteils in Gaskammern massenweise umbrachten.
Münchener Abkommen	Am 30. September 1938 unterzeichneten die Regierungschefs von Großbritannien (Chamberlain), Frankreich (Daladier), Italien (Mussolini) und Deutschland (Hitler) das Abkommen, in dem die Tschechoslowakei verpflichtet wurde, die überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzgebiete Böhmens (Sudetenland) an das Deutsche Reich abzutreten. Vertreter der Tschechoslowakei durfte an der Konferenz nicht teilnehmen. Großbritannien und Frankreich hofften (vergeblich), durch dieses Zugeständnis (im Sinne der Appeasementpolitik), Hitler von seinen Kriegsplänen abbringen zu können.
Widerstand	Nach dem im 17. Jahrhundert formulierten Widerstandsrecht ist es den Menschen erlaubt oder sogar geboten, sich notfalls auch gewaltsam zu wehren, wenn die Staatsgewalt Menschen- oder Verfassungsgrundrechte völlig missachtet. Gegen die nationalsozialistische Herrschaft regten sich vielfältige Formen des Widerstands von Gruppen (z.B. „Weiße Rose“) oder Einzelpersonen. Heute ist das Widerstandsrecht als Teil der Menschenrechte im Grundgesetz festgeschrieben.

### 3. Blockbildung, deutsche Teilung und Ost-West-Konflikt bis in die 1960er Jahre

Konferenz von Potsdam	Entscheidende Nachkriegskonferenz: Teilnehmer waren die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion. Für Deutschland einigten sich die „Großen Drei“ u.a. auf folgende Ziele (5 D's): Demokratisierung, Demilitarisierung (Entwaffnung), Denazifizierung, Demontage (Abbau kriegswichtiger Industrien), Dezentralisierung der Verwaltung und Entflechtung der Wirtschaft.
Flucht und Vertreibung	Als Folge des verlorenen Zweiten Weltkriegs kam es zu einer gewaltigen Bevölkerungsbewegung von Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Sie begann mit der Flucht von Deutschen vor der „Roten Armee“ und fand ihren Höhepunkt in der systematischen Vertreibung aus Gebieten Ost- bzw. Südosteuropas. Insgesamt mussten 14 Mio. Deutsche ihre Heimat verlassen, über 2 Mio. von ihnen kamen dabei um.
Besatzungszonen	Deutschland verlor 1945 seine Souveränität und wurde in vier Besatzungszonen von den drei Siegermächten (USA, Sowjetunion, Großbritannien) und Frankreich regiert.
Entnazifizierung	Bestreben der Alliierten nach 1945, die deutsche Gesellschaft von nationalsozialistischen Einflüssen zu säubern. Maßnahmen waren neben der gerichtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechern u.a. die Entfernung ehemaliger Nationalsozialisten aus einflussreichen Positionen.
Währungsreform	Einführung einer neuen Währung 1948: In den westlichen Besatzungszonen wurde die Deutsche Mark, in der Sowjetischen Besatzungszone die D-Mark (später Mark der DDR) eingeführt. Die unterschiedlichen Währungen vertieften die Teilung Deutschlands.
Marshall-Plan	<i>Auch „European Recovery Program“ genannt. Angebot der Finanzhilfe der Vereinigten Staaten an alle unter den Nachkriegsfolgen leidenden Länder unter der Bedingung der Zusammenarbeit. Den unter dem Einfluss der Sowjetunion stehenden Ländern wurde die Teilnahme verboten. Daraus folgt eine Stärkung der Westbindung für die drei westlichen Besatzungszonen.</i>
Wirtschaftswunder	<i>Der durch die Wirtschaftspolitik („soziale Marktwirtschaft“) Ludwig Erhards entstandene Wirtschaftsaufschwung der 1950er Jahre, der sehr kurze Zeit nach dem Krieg Vollbeschäftigung brachte und die Menschen in Deutschland zum Konsum anregte.</i>
Deutsche Frage	Unter der Deutschen Frage versteht man die ungelöste nationale Frage, die durch die Teilung Deutschlands nach 1945 als Folge des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges entstanden war. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949 war das Ziel der westdeutschen Politik, die Einheit Deutschlands nach dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes wiederherzustellen.
Kalter Krieg	Der Begriff bezeichnet den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenzkampf zwischen den Weltmächten USA und der UdSSR. Da die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen bestand, wollten die USA und die Sowjetunion einen heißen Krieg unter allen Umständen vermeiden. Man kämpfte wirtschaftlich und politisch gegeneinander, sowie in Stellvertreterkriegen. Spionage und Propaganda waren wesentliche Mittel des Kampfes.
NATO/Warschauer Pakt	Sich im kalten Krieg gegenüberstehende Militärbündnisse, die NATO (North Atlantic Treaty Organization) unter Führung der Vereinigten Staaten (Beitritt der BRD 1955), der Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion.
Westintegration	Die politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik nach 1945 in die westliche Welt (Westeuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika).

#### 4. Weltpolitische Veränderungen im Schatten des Kalten Kriegs

Europäische Einigung	Am Anfang des Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten im 1949 gegründeten Euro- parat und in der 1951 entstandenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Der Erfolg führte 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischen Atomgemeinschaft (EURA- TOM). EGKS, EURATOM und EWG wurden 1967 zur Europäischen Gemein- schaft (EG) zusammengefasst. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) ent- stand die Europäische Union (EU), der nach mehreren Erweiterungen inzwi- schen 27 Staaten angehören.
Nahostkonflikt	Ein bis heute bestehender politischer , wirtschaftlicher, militärischer und ge- sellschaftlicher Konflikt um die Existenzberechtigung des 1948 gegründeten Staates Israel und der Rechte der in diesem Land lebenden Palästinenser und deren Recht auf einen eigenen Staat.
Nord-Süd-Konflikt	Ein Konflikt zwischen den wohlhabenden (nördlichen) Industriestaaten und den armen (südlichen) Entwicklungs- und Schwellenländern.
<i>Entkolonialisierung</i>	<i>Die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Entwicklung, die den Kolonien bis auf wenige Ausnahmen die staatliche Unabhängigkeit und das Selbstbe- stimmungsrecht brachte. Sie wurde durch den Kalten Krieg beschleunigt. Län- der beider Blöcke versuchten, auf die entstehenden Entwicklungsländer Ein- fluss zu nehmen.</i>
UNO	United Nations Organization Die Weltorganisation wurde 1945 als Nachfolgerin des Völkerbundes gegrün- det. Ihr gehören inzwischen fast alle Staaten der Welt an. Ihre Hauptziele sind die Sicherung des Friedens, Garantie der Menschenrechte sowie die internati- onale Zusammenarbeit zur Lösung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer, öko- logischer und humanitärer Probleme ; Sitz der UNO ist New York.